

29. Mai 2023

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Tod ist Teil des Lebens. Das gilt auch für das politische Leben, insbesondere, wenn einer wie Winnie Wolf stirbt.



Photo: kontextwochenzeitung

Welche Bedeutung Winnie Wolf nicht nur für die Bewegung gegen S21, sondern weit darüber hinaus und davor hatte, lässt sich an den zahllosen Nachrufen, persönlichen und politischen Trauerbekundungen ablesen, die nach Bekanntwerden seines Todes die Runden machten.

Als ihn schon die Kräfte verließen, hatte Winnie noch eine Klausur langjähriger politischer Freund*innen und Weggefährten*innen aus der Redaktion von Lunapark21, aus dem Bürgerbahn-Netzwerk und der Bewegung gegen Stuttgart21 organisiert, an der er dann selbst nicht mehr teilnehmen konnte. Einen Tag nach seinem Tod veröffentlichte die Gruppe diesen Nachruf:

<https://www.bei-abriss-aufstand.de/>

„Bis zuletzt blühte er auf, wenn es um Politik ging“

Winnie, der 68er

„Die politische Initiative, für die er am längsten und bis zum Schluss gearbeitet hat, war seit ihren Anfängen Mitte der 90er Jahre die Bewegung gegen den Tiefbahnhof Stuttgart 21“ schreibt Angela Klein aus Köln in einem Nachruf der sozialistischen Zeitung „SoZ“¹. Dennoch war Winnie, Jahrgang 1949, mehr als sein Engagement gegen Stuttgart21.

„Winnie zählte zu den herausragenden Gestalten, die die 68er Bewegung hervorgebracht hat... Die deutsche Linke verdankt ihm viel“, so Angela Klein. Für alle, die vertraut sind mit der Historie der sozialistischen Linken in (West-)Deutschland nach 1968 (Stichworte Dutschke, Vietnamkrieg, Ernest Mandel ...), ist ihr ehrlicher Nachruf sehr lesenswert.

In ähnlichem Sinne formuliert **Josef-Otto Freudenreich in der aktuellen Ausgabe** über Winnie, dem Kontext viele Beiträge zu verdanken hat: „Mit ihm verliert nicht nur die Bewegung gegen Stuttgart 21 einen herausragenden Menschen.“ Kontext erlaubt viele Einblicke in die persönlichen Seiten von Winnies politischem Leben, bis zu seinen letzten Momenten im Arm von Volker Lösch.

Auch in Kontext: Worte zum Tod von Winnie von Volker Lösch, Sabine Leidig, Christine Prayon, Peter Lenk, Vetter Guido Wolf, Bernd Riexinger und Wolfgang Gietinger [hier](#).

Die Stuttgarter Zeitungen dagegen bleiben sich treu: Kein Wort zum Tod von Winfried Wolf, der so engagiert um ein Zukunftsthema dieser Stadt gerungen hat.

¹ Ist ein Textteil farbig und unterstrichen, führt Anklicken zum link

In einem [Nachruf des Aktionsbündnisses](#) fasst Martin Poguntke noch einmal all die vielen Stationen der Zusammenarbeit im Kampf gegen Stuttgart21 zusammen. Ohne Winnie hätte es wohl keinen schwäbischen Laokoon, keine Klimabahn-Konferenz, keinen Gietinger-Film gegeben – und vieles mehr nicht. Schlusssatz: „Was wir aber weiterhin unverlierbar haben, sind eben all die Schriften, Reden, Gedanken, Perspektiven, die er uns hinterlassen hat“

Nachruf am Mittwoch, 31.5. in der taz:

Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Mitstreiter

Dr. Winfried Wolf

verstorben im Alter von 74 Jahren nach schwerer Krankheit am 22. Mai in Berlin

Wir sind Winnie unendlich dankbar, dass er so viel von seiner politischen Kraft in unseren gemeinsamen Widerstand gegen Stuttgart21 eingebracht hat. Schon in seinem ersten Buch 1995 hat er die ganze Absurdität dieses Projekts präzise analysiert. Es folgte später „Abgrundtief und bodenlos - Stuttgart21, sein absehbares Scheitern und die Kultur des Widerstands“. In 43 von 650 Montagsdemos ist er aufgetreten, hat den erfolgreichen S21-Film „Das Trojanische Pferd“ produziert und in unzählige Vortragsreisen für den Erhalt des oberirdischen Kopfbahnhofs geworben.

In diesem Sinne werden wir „oben bleiben“, wissen aber noch nicht, wie das ohne Winnie gehen soll.

Mit all seinen Angehörigen, Freund*innen und politischen Begleiter*innen nehmen wir Abschied von Winnie in einer für Juli geplanten größeren politischen Veranstaltung in Stuttgart.

Im Mai 2023, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21

Darüber hinaus unterstützt das Aktionsbündnis eine Initiative engerer Freunde von Winnie für eine **Unterschriftenanzeige in einer überregionalen Tageszeitung**

Es geht dabei nicht nur um einen Ausdruck der Trauer, sondern auch um ein politisches Statement im Sinne von Winnie. Daher bitten wir diesen Vorstoß mit Spenden und Unterschriften, wie beschrieben, zu unterstützen:

*Liebe Freund*innen, Mitstreiter*innen, Weggefährter*innen,*

*nach Winfried Wolfs Tod haben uns viele bestürzte Reaktionen, und Nachrufe voll herzlicher Anteilnahme erreicht. Wir – Freund*innen von Winnie aus den Projekten und Bewegungen, die er unterstützte und geprägt hat (Lunapark21, Bürgerbahn-Denkfabrik für eine starke Schiene, Stuttgart-21-Gegner*innen), möchten mit einer Anzeige in einer überregional erscheinenden Tages-Zeitung auf den schmerzhaften Verlust aufmerksam machen. Wir prüfen im Moment SZ, FR, taz.*

Wir laden euch ein, diese Anzeige zu unterzeichnen und mit zu finanzieren. Bitte lasst uns schnellstmöglich wissen, ob ihr dazu bereit seid.

Die Anzeige soll möglichst in der kommenden Woche erscheinen. Wir erbitten dafür eine Beteiligung von mindestens 30 Euro, nach euren Möglichkeiten gern mehr. Selbstverständlich ist eine finanzielle Beteiligung auch willkommen, wenn ihr die Anzeige nicht namentlich zeichnen wollt.

Bitte gebt bei Mitzeichnung der Anzeige euren vollständigen Vor- und Nachnamen an eine der unten stehenden Mailadressen an.

Wir gehen davon aus, dass der Platz auf der Anzeige nur zur Angabe der Namen ohne Funktionsbezeichnung reichen wird. Über Kosten und eingegangene Spenden informieren wir euch, sobald die Anzeige finanziert ist. Ein eventueller Überschuss soll zu gleichen Teilen den Aktivitäten gegen Stuttgart 21 und ‚Bürgerbahn – Denkfabrik für eine starke Schiene‘ zugute kommen.

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 hat sein Konto für die Sammlung eurer Spenden zur Verfügung gestellt – bitte unbedingt den Verwendungszweck "Spende Winnie" angeben:

Aktionsbündnis K21

IBAN: DE 02 6009 0100 0469 3750 00 // BIC: VOBADDESS

Beste Grüße,

*Tom Adler / Heino Berg / Jürgen Bönig / André Geicke / Bernd Köhler / Silke Koppermann / Andreas Müller-Goldenstedt / Joachim Römer / Christa Schnepf / Jürgen Hahn-Schröder / Barbara Straube
tomadler@freenet.de, ++49 179 9007010*

653. Montagsdemo am 5. Juni, **ab 18 Uhr** auf dem **Schlossplatz**

Redner*in: Schwerpunkt sicherlich Abschied von Winnie. Näheres noch nicht bekannt. Aktuell checken auf <https://www.bei-abriss-aufstand.de/>

Danach: **Demozug**

Davor: **Raddemo** 17.45h ab Feuersee – gesund + aktiv zur MoDemo!

Bebauung Rosenstein

Sollbruchstelle des Projekts?

Jetzt, wo immer mehr Widersprüche des Projekts sichtbar werden und zu Verwerfungen führen, kann die umstrittene Immobilien-Bebauung des Gleisvorfelds zum Dreh- und Angelpunkt eines möglichen Scheiterns von S21 werden. Von den S21-Dogmatiker*innen, vor allem im Stuttgarter Gemeinderat bedingungs- und kompromisslos verfolgt, kommen inzwischen Kritik und Widerstand an den Planungen aus unterschiedlichen Richtungen – mit der zumindest logischen Konsequenz: keine Bebauung des Gleisvorfelds/Rosenstein:

- Aus verkehrspolitischer Sicht müssen Gleisvorfeld/Kopfbahnhof erhalten werden, unabhängig von der Frage einer Inbetriebnahme von S21. Das ist die Voraussetzung für Erhalt und Steigerung der Kapazitäten auf der Schiene und für den integralen Taktfahrplan. Wer das weiter bestreitet, wie die S21-Propaganda, lügt.
- Aus Sicht der Gäubahnannrainer ist es ausschließlich das sture Festhalten an der Bebauung des Rosenstein, die die Abkoppelung der Gäubahn vom Stuttgarter Hbf auf viele Jahre, wenn nicht für immer erfordert. Ob Reisende von Italien, der Schweiz, aus Singen, Rottweil usw. weiter direkt nach Stuttgart gelangen, dort direkt oder mit Umstieg am HBF weiterreisen können,

hingegen dann von der Fertigstellung des Pfaffensteigtunnels ab, die aus vielen Gründen in den Sternen steht, jedenfalls realistischstenfalls allenfalls Ende der 30er Jahre fertig würde. Dagegen erhebt sich immer mehr Protest der Gäubahnanrainer, die maßlos enttäuscht sind von den Versprechungen der S21-Parteien, aber noch zögern, die naheliegende Forderung zu erheben, auf die Rosensteinbebauung zu verzichten.

- Aus klimapolitischer Sicht, hier oft beschrieben, wäre die Bebauung in diesem mikroklimatischen Areal angesichts der drohenden Erdaufheizung, gerade im Stuttgarter Kessel, der absolute Sündenfall – und das betrieben ausgerechnet von den Grünen und ihrem Baubürgermeister Pätzold. Schon die bisher geplante, durchaus um Klimaschutz bemühte Bebauung würde mit ihren Bodenversiegelungen und dem Zubauen der überlebenswichtigen Frischluftschneise, auf lange Sicht das Leben und Wohnen im Kessel, der jetzt schon der heißeste Teil von Deutschlands heißester Stadt ist, unmöglich machen.
- Aus städtebaulicher Sicht gibt es neuerdings Kritik am Architektenentwurf, prominent vorgetragen von IBA-Präsident Andreas Hofer. Bemängelt wird, dass die starken Abrisskanten zum bisherigen Schlossgarten dem Ziel der Bebauung entgegenstünden, den östlichen und nördlichen Stadtteil durch die Rosenstein-Bebauung enger zusammenzubringen. Nach der Devise „geht's noch schlimmer?“ fordern jetzt CDU, SPD, FDP und FW massive Bodennivellierungen und noch höhere und noch mehr Bebauung (Antrag „Rahmenplan Rosenstein – was ist noch zu prüfen?“ (Nr. 144/2023)). Immerhin scheinen da die Grünen nicht mehr mitzuziehen.
- Aus Sicht des Artenschutzes: Immer wieder gern desavouieren S21-Verantwortliche die Bedeutung der Biodiversität – nach dem Motto: „Ein paar Juchtenkäfer blockieren ein großartiges Milliardenprojekt“. Das lenkt nicht nur von den wahren Gründen für den ganzen Schlamassel ab, sondern offenbart erhebliche Inkompetenz: Auf dem rund 100 Hektar großen Stuttgart-21-Gebiet wurden nach Untersuchungen des städtischen Amtes für Umweltschutz 683 verschiedene Arten nachgewiesen – davon waren allein 60 auf der roten Liste. Der Juchtenkäfer ist eine „Leitart“, die für viele andere bedrohte Arten steht. „Längst ist in der Klimawissenschaft klar, dass Artenschwund und Klimawandel einander verstärken und deswegen zusammen betrachtet werden müssen. Das globale Artensterben wird verschiedentlich als gravierendere Bedrohung angesehen als die Klimaerwärmung. Beide Krisen bedingen und verstärken sich gegenseitig,“ schreibt kürzlich das angesehene Fachmagazin „Science“. So zu entnehmen der Begründung eines Antrags der FrAKTION im Stuttgarter Gemeinderat (Anlage). Die Stadtverwaltung soll darlegen, welche Folgen eine Bebauung des Rosenstein für die Biodiversität haben würde und wie zur Förderung des Artenschutzes auch die jetzige Situation im Sinne des Artenschutzes noch verbessert werden kann.

Daraus folgt „Bevor es weitere Planungen geben kann, muss untersucht werden, ob das Gleisvorfeld und die angrenzenden Areale überhaupt unter Berücksichtigung des Artenschutzes bebaubar sind.“

Jetzt muss es darum gehen, diese unterschiedlichen Sichtweisen auf einen praktisch-politischen Nenner zu bringen, der nur heißen kann: keine Bebauung des Gleisvorfelds. Besser oben bleiben!

Rosensteinbebauung

BUND teils dagegen

Mit viel Fachkunde nimmt auch der BUND Stellung zum Thema Artenschutz und Rosenstein. Leider folgt daraus nicht die logische Konsequenz einer grundsätzlichen Ablehnung der Bebauung. Immerhin wird die erweiterte [Bebauung \(„Rahmenplan zum Rosensteinquartier“\) klar abgelehnt](#) – sogar mit Androhung einer „gerichtlichen Überprüfung“, die sich die „o.g. Gemeinderatsfraktionen gut überlegen sollten“, so Gerhard Pfeifer, BUND Regionalgeschäftsführer.

.. um dann zu warnen, dass sie damit „dem Gesamtprojekt Rosensteinquartier sowohl in umwelt- als auch in juristischen Belangen einen Bärendienst erweisen würden“.

Rückenwind von der Deutschen Umwelthilfe

Klage(drohung) gegen Gäubahnsperrung

Die juristische Überprüfung der DUH, ob die geplante langjährige Abbindung der Gäubahn vom Stuttgarter Hbf rechtens ist, hat ergeben, dass es sich um einen „vorsätzlichen Verstoß gegen einen rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss“ handelt, der „so massiv ist, dass wir diesen über unsere Klage verhindern können und werden.“, so Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe auf der [659. MoDemo am 15. Mai](#).

Daher hat die DUH „am 27. April beim Eisenbahnbundesamt (EBA) den Antrag gestellt: Namens und in Vollmacht unseres Mandanten beantragen wir daher, die Abbindung der Gäubahn-Strecke ohne eine entsprechende rechtliche Grundlage und ohne eine zeitgerechte Ersetzung durch eine Alternativstrecke, die zum Hauptbahnhof Stuttgart führt, gegenüber der Projektträgerin zu untersagen.“

Die Konsequenz aus der Klage der DUH kann nur die Aufgabe der Bebauungspläne auf dem Gleisvorfeld sein, argumentiert das [Aktionsbündnis in einer Pressemitteilung zur DUH-Klage](#).

Rechtsstreit über die Milliarden offener S21-Kosten

Wahnsinn als Methode

Mit Millionenaufwand streiten die S21-Projektpartner Bahn gegen die Stadt Stuttgart, das Land, den Flughafen und die Region über nicht gedeckten Kostenüberschreitungen von 4,6 Mrd. € und alle weiteren unweigerlich folgenden Kosten des Projekts. „Die Streitparteien verlieren sich in juristischen Spiegelfechtereien und agieren genauso chaotisch wie beim Projekt selbst“ schreibt Bündnissprecher Dieter Reicherter in einer [Pressemeldung des Aktionsbündnisses](#).

Der zivile Ungehorsam der „Letzten Generation“

Es geht um Grundsätzliches

Was ziviler Ungehorsam darf und soll und welcher Zweck welche Mittel heiligt, darum wird gerade heftigst am Exempel der Gruppe Letzte Generation gestritten. Inzwischen muss wohl eher von einer Bewegung gesprochen werden, die ja in vielen Ländern agiert und im Verbund mit ähnlichen Ansätzen wie Extinction Rebellion zu sehen ist.

Im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München und des Bayerischen Landeskriminalamts wurden in sieben Bundesländern (nicht BaWü) Wohnungen und Geschäftsräume von Aktivisten der "Letzten

Generation" durchsucht worden, Akten beschlagnahmt, websites stillgelegt, Konten gesperrt. Wer gespendet hatte soll Teil einer kriminellen Vereinigung sein. Andernorts wurden drakonische Gefängnisstrafen gegen Aktivist*innen verhängt.

Während die argumentativ um Zustimmung werbenden Massenproteste der Fridays zwar auf [viel Sympathie stießen](#), aber den Durchbruch in der Klimafrage auch im vierten Jahr nicht erreichten, katapultieren die Provokationen der Letzten Generation diese nach ganz oben auf der Aufmerksamkeitsskala. So weit oben, dass sich sogar die UNO zum Streit um LG äußert.



Die Aktionen polarisieren zwischen Bewunderung bei den einen und regelrechtem Hass bei den anderen. Dieser Hass könnte daher kommen, bemerkt beachtlicherweise Thomas Faltin in der Stuttgarter Zeitung vor ein paar Tagen, dass man brave Demos ignorieren konnte, nicht so den Protest der Letzten Generation.

Getroffene Hunde bellen und zwar mit viel Schaum vor dem Mund. Getroffen fühlt sich ein Teil der Autofahrer*innen, die die Klebenden schlagen, anzufahren drohen, mit Wasser übergießen oder wegzerren. Getroffen fühlt sich auch die politische Klasse, die mit der Nase schmerzhaft darauf gestoßen wird, dass sie ihre eigenen Zusagen und gesetzlichen Verpflichtungen in Sachen Klima ignoriert, im wörtlichen Sinne gar noch Öl ins Feuer gießen – mit dem Ergebnis, dass der Klimawandel eskaliert.

Ein gängiges Argument der Wohlwollenden ist, der Zweck sei richtig, die Mittel aber nicht. Sie wären nur Wasser auf die Mühlen derer, die eh keinen Klimaschutz wollen und in ihren klimabelastenden Lebensstilen nicht gestört werden wollen. Aber ignoriert das nicht die Entstehungslogik dieses Protests, der ja gerade aus der ziemlich folgenlosen Vereinnahmung der Friday-Bewegung resultierte?

Vielleicht ist noch offen, ob die Mittel der Letzten Generation ihr Ziel, unser Ziel erreichen. Viel hängt davon ab, ob die überschäumende Reaktion von randalierenden Autofahrer*innen, von Hetzmedien

und Politiker*innen, die daraus Volkes Stimme machen wollen, und letztlich einer Justiz, die sich in den Dienst solcher Kampagnen stellt, die Oberhand gewinnen werden.

Gegen provokante, aber zutiefst friedliche Aktionen wird mit dem Paragraphen 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) juristisch schwerstes Geschütz aufgeföhren. Ein Paragraf, der gegen Gruppen gerichtet ist, von denen Mord, Totschlag, Völkermord, erpresserischen Menschenraub und Geiselnahme zu befürchten ist, wird gegen Klimaaktivist*innen angewandt, die mit bewundernswerter Gelassenheit und friedfertig auf all die Aggressionen gegen sie reagieren, die biblisch gesagt eher noch „die andere Backe hinhalten“.

Es geht bei der Diskussion um die Letzte Generation also nicht nur um die Klimafrage, sondern allmählich auch um die Rechtsstaatlichkeit. Eine Justiz, die sich vor den Karren populistischer Hetzkampagnen spannen lässt, nennt man politische Justiz.

Immerhin regt sich vernehmbar Widerstand gegen diese Tendenz bei namhaften Jurist*innen, wie dem **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts a.D., Andreas Voßkuhle**. Der bezeichnete die Aktionen von LG zwar als Sandkastenspiele, vergleicht sie dabei aber mit Aktionen des zivilen Ungehorsams in Zeiten der Anti-Atom-Bewegung oder der Hausbesetzerszene - warum nicht auch mit dem zivilen Ungehorsam in den Anfangszeiten der S21-Proteste? Keineswegs bezog sich Voßkühles Vergleich auf die Aktionen der RAF, in deren Kontext der §219a StGB eingeföhrt wurde und später dann auf den NSU angewandt wurde. <https://www.tagesschau.de/inland/klimakleber-vosskuhle-100.html>.

Wie absurd und gefährlich die Anwendung dieses „RAF-Paragraphen“ auf die Letzte Generation ist, erläutert **Rechtsanwalt Lukas Theune, Geschäftsführer des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins** im [taz Interview](#).

[Ähnlich hier der SPIEGEL](#)

Deswegen Solidarität und Protest

Demo gegen die Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen

Letzte Generation lädt ein: „In Stuttgart soll deswegen am Mittwoch, den 31.05 um 16:00 einen Protestmarsch starten. Treffpunkt GENO-Haus Heilbronner Str. (U Stadtbibliothek)

Im Anschluss soll um 18:00 im Forum3 ein Schnupper- und Kennenlern-Treffen stattfinden, um den Druck auch in den kommenden Wochen und Monaten aufrechtzuerhalten.“

Protestmärsche finden bundesweit in vielen weiteren Städten, überwiegend auch am 31.5 statt, so z.B. in Heilbronn um 16h am Bollwerksturm.

s. laufend aktualisiert: <https://letztegeneration.org/protestmaersche/>

Ziviler Ungehorsam gegen Stuttgart21


2.800 € Strafbefehl gegen Versammlungsleiter

Schweres Geschütz gegen eine ziemlich harmlose Straßenblockade fährt auch die Stuttgarter Polizei auf: 2800 € plus Verfahrenskosten soll Tom Adler bezahlen. Er hatte vor knapp einem Jahr eine Demo vor der Versammlung des Verbands Regional Stuttgart angemeldet, in deren Folge es zu einer kurzzeitigen Blockade der Friedrichstraße kam. Dass die Versammlung zuvor beendet worden war, ist

der Polizei entgangen. Jedenfalls bestreitet sie es. Außerdem gab es gar keine ernsthaften Verkehrsbehinderungen, weil die Polizei den Verkehr sehr schnell und effektiv umgeleitet hatte.



Tom hat gegen den Bescheid Einspruch eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Hier auszugsweise der Strafbefehl:



Beglaubigte
Abschrift

Amtsgericht Stuttgart

S t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

Am 18.07.2022 zwischen 11:30 Uhr und 13:20 Uhr waren Sie verantwortlicher Veranstaltungsleiter der Versammlung "Gute Bahn statt Tunnelwahn - Stoppt den Ackerbodenraub auf den Fildern" in der Friedrichstraße 10, 70173 Stuttgart, die Sie zuvor mit E-Mail vom 16.07.2022 bei der Landeshauptstadt Stuttgart angemeldet hatten.

Gegen Sie wird eine Geldstrafe in Höhe von 40 Tagessätzen verhängt. Der Tagessatz wird auf 70,00 EUR festgesetzt. Die Geldstrafe beträgt somit insgesamt 2.800,00 EUR.

75 Jahre Porsche Sportwagen

Aus der dunkelbraunen Vergangenheit mit Highspeed in die Klimakatastrophe

Zwangsarbeiter*innen aus einem KZ für Hitlers Rüstungsproduktion, Mitgliedschaften der Piechs und Porsches in NSDAP und SS - das passt so gar nicht zu dem Image, das Porsche heute pflegt: gediegener Luxus für die Reichen, die für das Spitzenmodell des Elektro-Sportwagens Taycan (was hat das eigentlich mit Sport zu tun?) schon mal ¼ Mio. € überweisen können – und damit auch noch zum feuchten Traum von Autogeilos Jung und Alt werden.

Das verbindende Glied ist Verantwortungslosigkeit. Ein Elektro-Taycan, der 2,4 t auf die Waage und den Übergewichtigen in 2,8 sec auf 100 bringt, tötet zwar nicht so unmittelbar wie die Waffen der deutschen Wehrmacht, aber seine Hersteller und Käufer*innen sind in hohem Maße mitverantwortlich für Hunger, Flucht und Sterben in aller Welt als Folge der Erdüberhitzung, wie sie jetzt schon täglich die Nachrichten beherrschen.

Da gibt es nichts zu feiern, aber viel Anlass zu protestieren:

Porsche feiert ,75 Jahre Sportwagen‘

Vom Weltkrieg

1944
Kampfpanzer „Maus“
1080 PS,
188 to.

2023
„Taycan“
761 PS,
2,4 to

zum Straßenkampf

Kundgebung, Demo, ... **gegen Mensch und Klima**
ab Zuffenhausen,
Schlotwiese,
Zwangsarbeiter-
Gedenkstätte,
Hirschsprungallee 18

Do. 8.6. 16h

Inmitten der Klimakrise feiert eine geschlossene Gesellschaft sich selbst. Eingehüllt in eine Wolke aus Benzin, Ignoranz und Arroganz.

Seit 1948 wird hingebungsvoll gewerkelt am Mythos von der Freiheit auf vier Rädern, mit hunderten PS im Rücken, emporgestiegen aus den Trümmern des zweiten Weltkriegs.

Die dunkelbraune Vergangenheit der Familien Porsche und Piëch hingegen wird so gut es geht unter den Teppich gekehrt. Die unerlässliche finanzielle Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens wurde aber in den Jahren 1933 - 45 geschaffen. Durch Zwangsarbeit, durch Rüstungsproduktion vom Panzer bis zur ‚Vergeltungswaffe‘, durch Arierisierung. Je länger der Krieg dauerte, desto besser klingelte die Kasse.

Ferdinand Porsche und **Anton Piëch** waren NSDAP- und SS-Mitglieder. **Ferry Porsche** war SS-Untersturmführer. Der Nachschub von Zwangsarbeiter*innen aus einem KZ war also immer gesichert.

So wundert es nicht, dass der Diesellabgaskandal, der verhinderte Verbrennerausstieg, der Einsatz von Zwangsarbeit in chinesischen VW-Werken seine Wurzeln in der verkommen Grundeinstellung der Väter dieses Clans hat. Für uns und das Weltklima wahrlich **kein Grund zum Feiern.**

Quelle: dankpeda.org/wiki/Ferdinand_Porsche

<https://bineckartor.wordpress.com/>

Nichts gelernt aus der Katastrophe

... vor einem Jahr in Burgrain



Wer ist schuld am Zugunglück von Burgrain (vier Toten und viele Schwerverletzte) vor einem Jahr? Wohl die organisierte Verantwortungslosigkeit der Bahn, wie wir sie auch im Umgang mit den Risiken von Stuttgart 21 kennen – zu erinnern sei nur an die beharrliche Gesprächsverweigerung von OB Nopper und seinem Branddirektor Belge beim bestens belegten Thema Brandrisiken in S21 Bahnhof und Tunneln.

Wie Warnungen vor Risiken systematisch ignoriert werden beschreibt dieser [Bericht von Frontal21](#).

Stuttgart21 kannibalisiert

Der doppelte Beschiss

Die Bauarbeiten für ein neues elektronische Stellwerk München Ost verzögern sich nach Angaben der Deutschen Bahn deutlich. Anders als bei der Implementierung von ETCS in Stuttgart, bei der Vollsperrungen vorgesehen sind, läuft der Einbau in München, wo es um täglich 1000 S-Bahnfahrten geht, unter rollendem Rad „Beim Bau des elektronischen Stellwerks handelt es sich um eine Art Operation am offenen Herzen, der laufende Betrieb muss ja weitergehen“, sagte Projektleiter Kai Kruschinski.

Damit die Arbeiten beim Bahnknoten Stuttgart bis zu dem ohnehin völlig unrealistischen Eröffnungstermin Ende übernächsten Jahres fertig sind, wird hochqualifiziertes Personal andernorts abgezogen und in Stuttgart eingesetzt. Folge dieser DB-Chaos-Planung: Einerseits Verzögerungen an anderer Stelle und andererseits Vollsperrung zulasten tausender Bahnkunden in der Region Stuttgart.

Infos hier: <https://bahnblogstelle.com/203766/neubau-von-stellwerk-muenchen-ost-dauert-deutlich-laenger/>

Dirk Kurbjuweit

Wutbürger-Erfinder jetzt Spiegel Chefredakteur

Deutschland sei bis 2010 „ein ganz stilles Land“ gewesen, meinte SPIEGEL-Autor Dirk Kurbjuweit damals. Es hätte „kaum noch Konflikte (gegeben) und es herrschte eine große Ruhe.“ Doch dann hätten die Proteste gegen Stuttgart 21 begonnen, die sich Kurbjuweit wohl nicht so richtig erklären konnte. Zu faul, sich mit dem Kontext dieses Prozesses näher zu befassen - liegt ja auch weit weg von Hamburg - öffnete er eine Schublade, auf der „Wutbürger“ stand, in die alle Bürgerproteste und -bewegungen von Pegida bis Coronaleugner hineinpasste.

Mit dieser pauschalen Kategorisierung, die im Dezember 2010 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum "Wort des Jahres", gekürt wurde, machte er es allen Denkfaulen, die Proteste an sich nicht mögen, leicht. Falls wir nicht unterwegs eine Reueerklärung oder Entschuldigung übersehen haben, bleibt festzustellen: Keine Empfehlung für ein Leitmedium des deutschen Journalismus, so einen Pauschalierer auf den Thron gehoben zu haben!

Auf Twitter entdeckt

Noch ein sympathischer Steffen Siegel



Hart erarbeitet:

Stuttgart zweithässlichste Stadt Baden-Württembergs!

<https://www.bw24.de/baden-wuerttemberg/das-sind-die-fuenf-haesslichsten-staedte-in-baden-wuerttemberg-92305339.html>

& Gruß von Werner, Twitter @WernerBorn_